

PLENARVORTRÄGE

Grußwort zum Landespsychotherapeutentags 2008

Dr. Monika Stolz (*Ministerin für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg, MdL*)

Zum 4. Landespsychotherapeutentag begrüße ich Sie herzlich und überbringe Ihnen die guten Wünsche der Landesregierung von Baden-Württemberg und unseres Herrn Ministerpräsidenten Günther Oettinger.

Ich freue mich, dass so viele Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dieses Diskussionsforum nutzen, um sich zu informieren und die anstehenden prozesshaften Veränderungen mitzugestalten. Es geht heute um Weichenstellungen für die Zukunft in berufsrechtlichen und sozialrechtlichen Rahmenbedingungen für die psychologischen Psychotherapeuten.

„10 Jahre Psychotherapeutengesetz - Perspektiven psychotherapeutischer Versorgung“ ist das Leitthema des heutigen Landespsychotherapeutentages. Jubiläen laden immer zu einem Rückblick ein und so will auch ich kurz zurückschauen, bevor ich mich aktuellen Aspekten der Gesundheitspolitik zuwende. Ob es den Landespsychotherapeutentag – ausgerichtet von der Landespsychotherapeutenkammer und getragen von den ärztlichen, den psychologischen und den Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten – ohne das Psychotherapeutengesetz überhaupt gäbe? Ich wage die Behauptung: nein, zumindest nicht in diesem Rahmen.

Das Psychotherapeutengesetz hat die Gleichstellung mit den anderen Heilberufen gebracht, das Selbstverständnis eines Berufsstands befördert und die Integration verschiedener Schulen und Richtungen ermöglicht. Die in den Jahren 2001 und 2002 errichtete Landespsychotherapeutenkammer hat diesen Prozess vorangetrieben. Sie ist uns ein verlässlicher Ansprechpartner auf den bewegten Feldern der Berufs- und Gesundheitspolitik und hat für ihre Mitglieder in der kurzen Spanne ihres Bestehens schon sehr viel erreicht. Hierfür möchte ich den in der Kammerarbeit Engagierten ausdrücklich danken.

Ein aktuelles Beispiel ist der Staatsvertrag über den Beitritt zum Versorgungswerk der Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen. Ich freue mich mit Ihnen, dass die Vertragsverhandlungen nun zum Abschluss gekommen sind: Der Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen hat den Vertrag unterschrieben. Nach Zustimmung des Landtags kann er Ende Juli von mir gegengezeichnet werden. Nach Ende des Ratifizierungsverfahrens wird der Staatsvertrag zum Jahresende in Kraft treten. Die Mitglieder der Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg haben dann ebenfalls eine berufsständische Versorgung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht nur bei Alterssicherungssystemen sind größere Verbünde zweckmäßig, die Mechanismen der Verflechtung, gegenseitigen Anerkennung und Angleichung im europäischen Rahmen haben auch das Berufsrecht erreicht.

Das vom Bundesgesundheitsministerium in Auftrag gegebene Gutachten wird die Weiterentwicklung der Psychotherapieausbildung im Kontext der Bachelor/Master-Abschlüsse in den Studiengängen der Psychologie und Pädagogik beleuchten. Neue Formen dürfen aber weder zu Minderung der Ausbildungsqualität noch zu Engpässen in der Versorgung führen. Dafür werden wir uns einsetzen.

In der vertragsärztlichen Versorgung stellen die psychologischen Psychotherapeuten gemeinsam mit den ärztlichen Psychotherapeuten die zweitstärkste Fachgruppe nach den Hausärzten. Im stationären Bereich ist bei der Zusammenarbeit von Ärzten und Psychotherapeuten sowie mit weiteren Gesundheitsberufen die Entwicklung kooperativer Lösungen gefordert. Ziel dabei muss die Kombination der Stärken der Professionen im Interesse einer zielgerichteten und modernen leitlinienorientierten Patientenversorgung sein.

Die Perspektiven psychotherapeutischer Versorgung hängen auch von den Rahmenbedingungen ab, die durch die Gesundheitsreform gesteckt werden. Ich weiß, dass bei Ihnen die ab 2009 geltenden Rahmenbedingungen ebenso heftig diskutiert werden, wie zum Beispiel in der Ärzteschaft oder bei den Krankenkassen. Wir alle werden uns auf den vielfach heftig kritisierten Gesundheitsfonds, den so genannten Morbi-RSA und die Insolvenzfähigkeit der Krankenkassen einstellen müssen. Die Grundzüge der Reform stehen fest, jetzt rückt die Mitgestaltung der Umsetzungsschritte in den Vordergrund. So konnte die Bundespsychotherapeutenkammer erreichen, dass auch die leichten und mittelschweren depressiven Störungen in der jüngst veröffentlichten Liste der anerkannten Krankheiten im Morbi-RSA abgebildet werden.

Die Landesregierung wird im Rahmen der Umsetzung der Gesundheitsreform mit allem Nachdruck auf zwei Punkte drängen:

Erstens: Baden-Württemberg darf durch den Gesundheitsfonds mit nicht mehr als 100 Millionen Euro zusätzlich belastet werden. Zweitens: Bei der Vergütung für die Ärzte und Psychotherapeuten müssen auch in Baden-Württemberg noch Zuwächse möglich sein. Wenn die Preise auf einen einheitlichen Bundesdurchschnitt festgesetzt werden, werden diese Berufsgruppen andernfalls zu den Verlierern gehören, denn sie liegen mit ihren heutigen Punktwerten über dem Durchschnitt. Man könnte hier auch über eine Konvergenz - ähnlich wie bei der Einführung der DRGs in den Krankenhäusern - nachdenken, um diesen Übergang schrittweise zu vollziehen. Gemeinsames Ziel dieser Anstrengungen ist es, nach Möglichkeit keine Abstriche an der insgesamt guten Versorgungslage in Baden-Württemberg hinnehmen zu müssen.

Wir müssen aber auch der unterschiedlichen Bedarfslage in den einzelnen Regionen - gerade bei der Versorgung von Kinder- und Jugendlichen - gerecht werden. Daher wird das Land im aktuellen Gesetzgebungsverfahren zur Änderung des SGB V den Antrag von Rheinland-Pfalz unterstützen, die Quote für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten von 10 auf 20 Prozent zu erhöhen. Sollte die 20-Prozent-Regelung Gesetz werden, könnten auch in Baden-Württemberg im Bereich der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie zusätzliche Vertragspsychotherapeutensitze geschaffen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
die angemessene psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen muss ergänzt werden durch präventiv wirkende Maßnahmen. Vom Land initiierte und geförderte Modellprojekte und Programme sollen gemeinsam mit Experten Bedürfnisse aufzeigen und Möglichkeiten erproben, negativen Tendenzen entgegen zu wirken.

Es freut mich daher sehr, dass Sie sich heute in dem Workshop 4 auch mit dem Modellprojekt „Guter Start ins Kinderleben“ befassen. Dieses Projekt wird vom Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg gemeinsam mit den Ländern Bayern, Rheinland-Pfalz und Thüringen seit Ende 2006 unter der wissenschaftlichen Leitung von Herrn Prof. Dr. Fegert und Frau Dr. Ziegenhain durchgeführt. Mit dem Projekt wollen wir der Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern effektiv entgegenwirken, indem wir Eltern von Säuglingen und Kleinkindern in einer sehr frühen Phase gezielt stärken und unterstützen. Baden-Württemberg setzt hier an seinen beiden Modellstandorten Ostalbkreis und Pforzheim einen Schwerpunkt auf junge oder psychisch kranke Mütter. Gerade für diese Zielgruppe ist die Geburt eines Kindes ein besonders einschneidendes Erlebnis, weil erst einmal nichts mehr so ist, wie es vorher war. Ein zentraler Bestandteil des Modellprojekts ist die Verstärkung von interdisziplinären Kooperationsformen und Vernetzungsstrukturen im Kinderschutz, insbesondere zwischen Jugend- und Gesundheitshilfe. Alle Akteure im Kinderschutz, gleich welcher Profession, werden vor Ort jeweils an einen Runden Tisch zusammengebracht. Die Erkenntnisse aus dem Modellprojekt werden bis 2009 evaluiert und landesweit zugänglich gemacht, damit jeder Stadt- und Landkreis hiervon profitiert.

Ein weiteres Projekt im Rahmen des Kinderlandes Baden-Württemberg ist das Programm STÄRKE, mit dem die Landesregierung nicht nur Familien in besonderen Belastungssituationen möglichst frühzeitig unterstützen möchte. Durch den raschen Wandel vieler Lebensbedingungen steigen die Anforderungen an **alle** Eltern ständig. Es ist daher auch nicht verwunderlich, dass dem Psychiater Michael Winterhoff mit seinem Buch „Warum unsere Kinder Tyrannen werden. Oder: Die Abschaffung der Kindheit“ ein Bestseller gelungen ist, der seit Wochen heiß diskutiert wird. Gerade die Eltern, die ihre Kinder gut ins Leben geleiten wollen, suchen Orientierung und Gelegenheiten, sich über ihre Unsicherheit im Umgang mit Kindern auszutauschen. Deshalb hat die Landesregierung beschlossen, die Familien- und Elternbildung gezielt zu fördern und zusammen mit seinen Partnern das Programm STÄRKE entwickelt. Es enthält zwei Komponenten:

- Die Ausgabe von Bildungsgutscheinen im Wert von 40 Euro an alle Eltern Neugeborener und
- wie bereits gesagt, die Möglichkeit spezieller Unterstützung von Familien in besonderen Lebenssituationen.

Ziel des Programms ist es, den Stellenwert der Familien- und Elternbildung zu betonen und den Eltern die Inanspruchnahme von Bildungsangeboten finanziell zu erleichtern. Außerdem soll STÄRKE dazu beitragen, bewährte Elternbildungsveranstaltungen weiter in die Fläche zu tragen, so dass landesweit ein bedarfsgerechtes Netz solcher Veranstaltungen entsteht. Die Rahmenvereinbarung zur Umsetzung des Programms wurde erst jüngst am 25. Juni von der Landesregierung und allen Partnern unterzeichnet. Das bundesweit einmalige Programm startet am 1. September dieses Jahres.

Die wachsende Bedeutung, die die Gesundheitspolitik der Prävention beimisst, ist für Ihre Berufsgruppe nichts Neues. Viele von Ihnen arbeiten in Beratungsstellen, wo Prävention zur Hauptaufgabe zählt. Aber auch im Bereich der Akutbehandlung psychischer Erkrankungen hat Psychotherapie eine hohe präventive Komponente. Die zunehmende Zahl psychischer Erkrankungen belegt die Notwendigkeit einer guten psychotherapeutischen Versorgung. Die Politik muss hierfür die Weichen stellen, ist aber angewiesen auf Ihren Einsatz und Ihr hohes fachliches Können.

Der Landesregierung ist bewusst, was die Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in unserem Land leisten, sei es in den Praxen, in den Kliniken, in Reha-Einrichtungen oder in Beratungsstellen.

Ich danke den Teilnehmerinnen und Teilnehmern am Landespsychotherapeutentag, stellvertretend für alle Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten im Land, für ihr Engagement und spreche Ihnen meine Anerkennung für ihre Arbeit zugunsten der Patientinnen und Patienten aus.

Ich wünsche dem 4. Landespsychotherapeutentag einen erfolgreichen Verlauf!
